



Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen I / 51	Vorlage 2023/010	Datum 11.01.2023
-----------------------------	---------------------	---------------------

BERATUNGSFOLGE			
Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Bildungs-, Generationen- und Sozialausschuss	26.01.2023	Entscheidung	öffentlich

KidS - Kommunalpolitik in die Schulen

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses nehmen zur Kenntnis, dass das Projekt „KidS – Kommunalpolitik in die Schulen“ nicht durchgeführt wird.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Aufwendungen für die Durchführung des Projektes sind im Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 nicht veranschlagt.

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [**X**] nein []

[**X**] Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

Sachdarstellung:

Der Bildungs-, Generationen- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 29.09.2022 für die Durchführung des Projektes „KidS – Kommunalpolitik in die Schulen“ ausgesprochen. Anlass dieser mehrheitlichen Entscheidung war ein Antrag der SPD-Fraktion, dieses Projekt im letzten Quartal des Jahres 2022 mit dem Ziel durchzuführen, den Schülerinnen und Schülern in dieser Zeit die Möglichkeit zu geben, Kommunalpolitik hautnah mitzuerleben und zu gestalten. Beschlossen wurde die Durchführung des Projektes in den von der SPD-Fraktion beantragten Projektschritten (siehe Anlage zur Sitzungsvorlage 2022/185).

Nach einer ersten Kontaktaufnahme mit den Leitungen der Josef-Annegarn-Schule und des Gymnasiums Johanneum fand am 21.12.2022 ein Gespräch mit den Fachlehrern Simon Naschert (Josef-Annegarn-Schule) und Andreas Schepers (Gymnasium Johanneum), Anja Beiers und Attila Repkeny (Kinder- und Jugendwerk Ostbevern) sowie Vertretern der Verwaltung statt.

Grundsätzlich befürworten die Beteiligten die frühzeitige Einbindung von Schülerinnen und Schülern in politische Beteiligungsprozesse. Große Skepsis wurde jedoch hinsichtlich der verbindlich vorgesehenen Projektschritte geäußert. Insbesondere die Fachlehrer wiesen darauf hin, dass nach ihrer Wahrnehmung Schülerinnen und Schüler kein Interesse haben werden, als Hospitantinnen und Hospitanten an Fraktionssitzungen teilzunehmen. Insofern ist davon auszugehen, dass sich bereits bei Schritt 3 des Projektes ergeben wird, dass es keine oder eine zu geringe Anzahl von Schülerinnen und Schülern geben wird, die überhaupt grundsätzliches Interesse an der Teilnahme an dem Projekt signalisieren.

Erfahrungen aus vergangenen Projekten legen nahe, dass eine Übertragung von in politischen Parteien vorhandenen Abstimmungs- und Gesprächsformaten, z. B. in Sitzungen, an einer generellen Einschätzung und einem Austausch unter und mit heranwachsenden Jugendlichen über das grundsätzliche Interesse an politischen Themen oder der Form der Beteiligung nicht zielführend scheinen. Eher scheint eine generelle Auseinandersetzung darüber angebracht, warum auf der einen Seite mangelndes Interesse von Jugendlichen an (kommunal-)politischen Prozessen vermutet wird und andererseits Jugendliche durchaus wahrnehmbar den Weg in eine politische Mitarbeit in Parteien nicht finden.